

Handel neu denken: Forderungen für eine progressive EU-Handelspolitik

Hunderttausende sind in den vergangenen Jahren gegen TTIP und CETA auf die Straße gegangen. Über drei Millionen Menschen in der EU unterzeichneten die Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA. Sie forderten eine Handelspolitik für alle Bürger/innen statt einseitig nur für Konzerne und Investoren. **Nach diesem Widerstand kann es kein „weiter so“ geben.** Campact zeigt, wie eine progressive EU-Handelspolitik aussehen kann.

Handelspolitik: Grundsätzlich neu ausrichten

All unsere Vorschläge zielen darauf ab: Regierungen müssen dem Markt Regeln setzen können. Handelsabkommen dürfen deshalb den politischen Handlungsspielraum nicht weiter einschränken. Handels- und Investitionspolitik muss mithelfen, soziale, ökologische und menschenrechtliche Ziele zu erreichen. Die Gewinne der Globalisierung müssen gerechter verteilt werden, z.B. durch eine progressive Steuerpolitik und gerechte Löhne.

Forderung 1:

Handelspolitik darf hohe Standards und Verbraucherschutz nicht einschränken

Handelsabkommen dürfen Umwelt- und Sozialstandards nicht abbauen. Im Gegenteil: Campact fordert einen Wettbewerb um die besten Standards. Das Vorsorgeprinzip schützt in der EU Verbraucher/innen und die Umwelt: Handelsabkommen und die Welthandelsorganisation müssen es deshalb zur Regel machen. Nur wenn Arbeitnehmerrechte und internationale Umweltnormen eingehalten werden, darf ein Abkommen abgeschlossen werden. Die Nachhaltigkeitskapitel, die ökologische und soziale Ziele festschreiben, sind bisher sehr schwach. Sie sollen verbindlich und einklagbar sein.

Forderung 2:

Handelspolitik muss zu nachhaltiger Landwirtschaft beitragen

Die jetzige Handelspolitik trägt zu einer ungesunden Entwicklung bei: eine stärkere Konzentration der Agrarproduktion und immer mehr industrialisierte Landwirtschaft. Die Länder des „globalen Nordens“ müssen sich von pauschalen Subventionen für die Landwirtschaft abkehren. Davon profitieren bisher vor allem große Betriebe. Wir wollen stattdessen die Leistungen von den Bäuer/innen belohnen, die der Gesellschaft nutzen. Dazu zählen die Pflege von Landschaft und biologischer Vielfalt. Die Handelsabkommen selbst dürfen die Regeln nicht abschwächen, z.B. bei dem Einsatz von Chemie oder Hormonen.

Forderung 3:

Handels- und Investitionsabkommen dürfen keine Sonderklagerechte für Konzerne enthalten

Abkommen sollen ohne Sonderklagerechte für Konzerne auskommen. Bestehende Verträge müssen gekündigt oder dementsprechend nachverhandelt werden. Denn wenn es möglich ist, gegen den Atomausstieg oder Frackingverbote zu klagen, gefährdet das die Demokratie und die Umsetzung gesellschaftlicher Ziele. Der bisherige Reformvorschlag der EU-Kommission für einen multilateralen Investitionsgerichtshof verbessert das nicht. Im Gegenteil: Er bezweckt, Sonderklagerechte auf lange Zeit festzuschreiben.

Forderung 4:

Handelspolitik darf der Regulierung von Finanzmärkten nicht im Weg stehen und muss Steuerschlupflöcher bekämpfen

Handelsabkommen müssen Vorgaben zur Steuerkooperation enthalten um die Steuertrickserei durch transnationale Konzerne zu bekämpfen. Damit der Steuerwettbewerb nach unten aufhört, wäre eine Mindest-Besteuerung für Unternehmen beim Abschluss von Handelsabkommen nötig. Handelspartner sollten außerdem Mindeststandards vereinbaren, die Geldwäsche bekämpfen. Handelsabkommen dürfen es nicht erschweren, Finanzmärkte zu regulieren.

Forderung 7:

Handelspolitik darf die öffentliche Daseinsvorsorge nicht beeinträchtigen

Öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung und Müllabfuhr sind wichtig für uns alle. Handelsabkommen dürfen die Qualität und die Preise dafür nicht beeinträchtigen, indem sie Privatisierungen vorantreiben. Sie dürfen nicht einfach alle Dienstleistungen pauschal liberalisieren (Negativlisten). Stattdessen müssen sich die Handelspartner genau überlegen, welche Dienstleistungen sie in das Handelsabkommen aufnehmen. Öffentliche Dienstleistungen gehören generell nicht dazu.

Forderung 5:

Handelspolitik muss dazu beitragen, Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette zu schützen

Große Unternehmen müssen sich dazu verpflichten, die Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette zu wahren. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen müssen leichter vor einem Gericht klagen können – das ist bisher oft sehr schwer. Hier kann ein rechtsverbindlicher UN-Vertrag helfen, der Regeln aufstellt zur Ahndung von Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen. Handelsabkommen benötigen zudem verbindliche Aktionspläne. Das Ziel: Die Lage der Menschenrechte in dem Partnerland verbessern.

Forderung 8:

Handelspolitik muss fair sein

Handelsabkommen dürfen den politischen Handlungsspielraum der Entwicklungsländer nicht einschränken. Medikamente oder Saatgut sind lebenswichtig, vor allem für die Ärmsten. Der Zugang dazu darf nicht durch zu strenge Regeln bei geistigem Eigentum eingeschränkt werden. Verhandlungen über weitere Schritte in der Handelspolitik sollten in einer reformierten Welthandelsorganisation stattfinden. Damit alle an einem Tisch sitzen.

Forderung 6:

Handelspolitik muss einen aktiven Beitrag zur Erreichung der UN-Klimaziele leisten

Die drohende Klimakatastrophe erfordert eine andere Handelspolitik. Handelsabkommen dürfen den Ausbau von Erneuerbaren Energien nicht behindern. Sie müssen den Handel mit klimaschädlichen Produkten erschweren. Eine Vorbedingung für den Abschluss von Handelsabkommen sollte deshalb sein: Ambitionierte CO₂-Ziele setzen und Subventionen für fossile Energien abschaffen.

Forderung 9:

Handelspolitik muss demokratischer und transparenter organisiert werden

Das Europaparlament soll über Verhandlungsmandate entscheiden können: über die Aufnahme neuer Verhandlungen und über die Ziele, die ein Abkommen verfolgt. Die Zivilgesellschaft und nationale Parlamente müssen das Mandat öffentlich diskutieren. Die Auswirkungen der Abkommen benötigen vor Abschluss, aber auch nach Inkrafttreten regelmäßige Überprüfung. So kann bei negativen Entwicklungen nachgesteuert werden. Die Verhandlungen müssen transparent ablaufen. Das umfasst die Veröffentlichung aller Verhandlungsdokumente.